

Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
(19. - öffentliche - Sitzung am 6. September 2018)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes und weiterer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/908](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs fort.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1383](#) neu

Der Ausschuss kam überein, den Gesetzentwurf der Fraktion der FDP gemeinsam mit dem von der Landesregierung angekündigten Gesetzentwurf zu beraten.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1423](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Als Berichterstatter wurde der Abg. **Uwe Schwarz** (SPD) benannt.

4. **Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1401](#)

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die abschließende Beratung des Antrags stellte der Ausschuss zurück.

5. **Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss stellte die Mitberatung des Antrags zurück, um die Vorstellung der Ergebnisse des Monitorings im federführenden Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz abzuwarten.

6. **Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen sichern**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1065](#)

Der Ausschuss bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie das Ministerium für Wissenschaft und Kultur um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand.

7. **Bürger vor Gesundheitsgefahren beim Shisha-Rauchen wirksam schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1380](#)

Der Ausschuss bat das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie das Ministerium für Inneres und Sport zu dem Antrag um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand sowie über vergleichbare Gesundheitsgefahren durch E-Zigaretten und eventuell notwendige gesetzliche Änderungen zum Nichtraucherschutz, zu der Rechtslage zum Nichtraucherschutz in anderen Bundesländern, konkret auch in Schleswig-Holstein, sowie in Bezug auf den Einsatz von Kohlenmonoxidmeldern.

8. **Sicherheit im Maßregelvollzug stärken - Mitarbeiter schützen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1379](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat die Landesregierung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen um eine Unterrichtung über den aktuellen Sachstand auch in Bezug auf das juristische Kompetenzzentrum im Maßregelvollzugszentrum Moringen.

9. **Rechte von Transsexuellen, Transidenten, Transgender und Menschen mit entsprechender Biografie stärken**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1388](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags. Er bat um eine Unterrichtung durch die zuständigen Ministerien über den aktuellen Sachstand, die Planungen für den Haushalt, den Stand der Gesetzgebung auf Bundesebene sowie die Auswirkungen in der Praxis. Ferner bat er den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen um eine Stellungnahme zu den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Punkten des Antrags.

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der medizinischen Studie zu personellen Kontinuitäten in der Psychiatrie Niedersachsen nach 1945**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

11. **Unterrichtungswunsch**

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über die Auswirkungen der Novellierung des Niedersächsischen Heimgesetzes zum neuen Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen in Bezug auf die Stärkung ambulant betreuter Wohnformen.